

Die grau unterlegten Passagen kennzeichnen die Veränderung zur ursprünglich vorgelegten Fassung der Drucksache 13-0202.

Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Duisburg

Gliederung:

1. Situation in Duisburg
2. Duisburger Integrationskonzept – Genese und Entwicklung
3. Schwerpunktbereich „Integration durch Bildung“
4. Schwerpunktbereich „Integration als Querschnittsaufgabe“
5. Controlling
6. Einbindung in die städtische Organisationsstruktur

Präambel

Duisburg ist eine auch von zugewanderten Menschen geprägte Stadt. Über die Hälfte aller Duisburger Kinder hat eine Zuwanderungsgeschichte, spricht mehr als eine Sprache und ist von mehr als einer Kultur geprägt. Doch erfolgreiche Integrationsarbeit konzentriert sich nicht auf die Herkunft von Menschen, sondern auf die gemeinsame Zukunft in unserer gemeinsamen Heimatstadt.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Ein Prozess des Aufeinanderzugehens, um das friedliche und gedeihliche Miteinander von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu ermöglichen und zu fördern. Wie erfolgreich wir dabei sind, wie gut uns Integration gelingt, wird die Zukunft Duisburgs entscheidend beeinflussen.

Der Stadt Duisburg fällt in diesem Kontext die entscheidende Rolle zu, das umfangreiche und vielfältige Integrationsgeschehen in der Stadt zu koordinieren und politisch wie gesellschaftlich mitzugestalten. Interkulturelle Urbanität durch respektvollen Umgang, gegenseitige Anerkennung und aktive Mitgestaltung des Zusammenlebens, Akzeptanz einer sich durch Migration verändernden Gesellschaft sowie die Bekämpfung jeglicher Form von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind die tragenden Säulen gelingender Integrationspolitik, zu der das Kommunale Integrationszentrum in Duisburg maßgeblich beitragen wird.

1. Situation in Duisburg

Duisburg ist eine von Vielfalt geprägte Stadt. Von den in Duisburg lebenden 486.431 Einwohnern und Einwohnerinnen (Stand: 30.06.2012) haben ca. ein Drittel einen Migrationshintergrund, davon sind 76.041 Ausländer und Ausländerinnen. Vergleicht man den prozentualen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund von etwa 35 % mit dem aller Kinder von 0 bis 9 Jahren, der 56 % beträgt, so wird zum einen der Trend zur Zunahme des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund deutlich, zum anderen die Herausforderung, in besonderer Weise die Bildungsressourcen der nachwachsenden Generation zu entwickeln.

Aus der Tatsache, dass die Hälfte aller in Duisburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe von 25 bis unter 60 Jahren zu verorten sind, ergibt sich eine weitere Vielzahl von Handlungserfordernissen. Das belegen die Ergebnisse der ersten Duisburger Integrationsbefragung in eindeutiger Weise. Integration ist eine Zukunftsaufgabe, der sich die Stadt und viele Akteure und Akteurinnen der Stadtgesellschaft seit Jahren mit immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Aktuell gilt dies insbesondere für die Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa. Hierfür sind angemessene Handlungsstrategien und Maßnahmen noch umzusetzen.

2. Duisburger Integrationskonzept – Genese und Entwicklung

Duisburg verfügt über ein theoretisch fundiertes, sich dynamisch weiterentwickelndes Integrationskonzept. Es basiert auf Handlungsempfehlungen, die in einem breiten Beteiligungsprozess in Integrationskonferenzen in den Jahren 2005/2006 entwickelt wurden. Nach fortlaufender Anpassung an die Erfordernisse in Duisburg besteht das Konzept aus einem Grundlagenpapier aus dem Jahr 2010 sowie zentralen Ratsbeschlüssen in den Folgejahren. Das neue Kommunale Integrationszentrum wird das Duisburger Konzept unter breiter Beteiligung aller Akteure und Akteurinnen fortlaufend weiterentwickeln.

Im Jahr 2005 legte die Stadt die Grundlage eines integrationspolitischen Prozesses, der bis heute andauert. In Integrationskonferenzen in den Jahren 2005 und 2006 erarbeiteten alle gesellschaftspolitischen Akteure und Akteurinnen – Privatpersonen, Parteien, Verbände, Vereine, Initiativen, Verwaltung – zahlreiche Handlungsempfehlungen, die als Abschlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt und der Stadt Duisburg zur Umsetzung an die Hand gegeben wurden (DS 07-0385). Die Empfehlungen umfassten folgende Themen:

- Bildung und Erziehung
- Erwachsenenbildung und Neuzuwanderer
- Flüchtlinge, Asylbewerber, Menschen ohne Papiere
- Gesundheit und Altersperspektiven
- Interkulturelle Öffnung, Politische Partizipation, Antidiskriminierung
- Sport und Freizeit
- Arbeitswelt, Wirtschaft, Ausbildung
- Stadtentwicklung und Quartiersmanagement
- Kunst, Kultur und Religion
- Geschlechtsspezifische Aspekte der Migration

Schon hier wurde in besonderem Maße der Querschnittscharakter der Integrationsarbeit deutlich.

Auf der Basis der Ergebnisse dieser Integrationskonferenzen wurden im März 2007 die Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Duisburg (DS07-0417) vom Rat verabschiedet. Zur Fortführung und Steuerung des integrationspolitischen Prozesses wurde im Jahr 2007 die städtische Integrationsarbeit durch die Bildung des Referates für Integration neu ausgerichtet.

Nach Analyse und wissenschaftlicher Beratung leitete das Referat für Integration die Handlungsempfehlungen zusammen mit den Ergebnissen des Duisburger Sozialberichts zu den Fachämtern weiter. In einer vom Referat für Integration gegründeten und geführten „Arbeitsgruppe Integration“ wurden daraus zwischen April und September 2008 über 60 Projekte und Maßnahmen erarbeitet, die im Integrationsprogramm 2008/2009 zusammengefasst wurden. Aus den in diesen Abstimmungsprozessen erarbeiteten Erkenntnissen erstellte das Referat für Integration das **Grundlagenpapier „Integration in Duisburg. Wir sind DU: Auf dem Weg in eine gemeinsame Stadtgesellschaft“**. Es wurde im Jahr 2010 von der Stadt veröffentlicht.

Fortentwickelt wurde das Integrationskonzept maßgeblich in drei Bereichen.

Im Rahmen der strategischen Ausrichtung durch das Stadtentwicklungsprojekt Duisburg2027 war im Jahr 2009 die **„Interkulturelle Urbanität als Querschnittsaufgabe“** als strategisches Leitziel der Stadtverwaltung beschlossen worden (DS 09-1668) mit den umfassenden Teilbereichen Partnerschaftliche Einbindung aller Akteure und Akteurinnen, Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur, Gestaltung von Orten der Begegnung, breite Bildung, interkulturelle Kulturarbeit, Vielfalt der Baukultur. Als Fortführung der Umsetzung der Interkulturellen Urbanität beschloss der Rat der Stadt im Jahr 2011 die besondere Berücksichtigung von Qualifizierung/Bildung, Orte der Begegnung und Dialog/Partizipation in den Fachkonzepten und die Einführung eines entsprechenden Monitorings (DS 11-0359).

Gemeinsam mit relevanten Partnern und Partnerinnen innerhalb der Verwaltung (Personalamt, Jugendamt, Ordnungsamt, RAA, Bildungsholding, OB-3) und mit externen Partnern und Partnerinnen (alle Träger der Freien Wohlfahrtspflege in Duisburg und Multiplikatoren/Multiplikatorinnen aus den Communities und MSO) wurden **Interkulturelle Standards** für die Bereiche Organisation, Personal, Angebote und Kooperation/Vernetzung entwickelt und deren Umsetzung im Jahr 2011 vom Rat beschlossen (DS11-0356).

Gleichzeitig beschlossen wurden die Etablierung interkultureller Kompetenz in der Verwaltung und die Benennung und Fortbildung von Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen für interkulturelle Belange bei allen Ämtern, Institutionen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen als Fortführung der **Interkulturellen Öffnung der Verwaltung**. Zuletzt wurde im Juni 2012 eine Übersicht zur fortlaufenden Entwicklung der interkulturellen Ausrichtung der Verwaltung erstellt (DS 12-0704).

Wesentliche Teile und Etappen des integrationspolitischen Prozesses konnten durch KOMM-IN-NRW geförderte Projekte ausgestaltet werden: die Interkulturelle

Ausrichtung der offenen Altenhilfe (DS 08-1495), das Interkulturelle Internetportal (DS 09-0498), die Interkulturelle Kulturarbeit (DS 11-1413/1). Integrationspolitisch relevante Daten werden fachbereichsbezogen oder fachübergreifend fortentwickelt und dokumentiert, so im jährlichen **Sozialbericht** und im **Bildungsbericht**. Im Themenfeld Bildung und insbesondere in der sprachlichen Bildung sind durch die RAA, durch Jugendhilfe, Schulaufsicht und Schulen Maßnahmen, Konzepte, Programme für die Bildungsregion entwickelt, adaptiert, optimiert und dokumentiert worden (siehe „Maßnahmen zur Sprachlichen Bildung in Duisburg“ www.duisburg.de/sprachfoerderung).

Der Beschluss durch den Rat der Stadt zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums mit den hier beschriebenen Schwerpunktbereichen (siehe S. 9 ff und S. 19 ff) wird wiederum Teil des Duisburger Integrationskonzeptes.

Eine der ersten Aufgaben des Kommunalen Integrationszentrums wird sein, das aus unterschiedlichen Teilen bestehende Integrationskonzept schriftlich zusammenzuführen und unter breiter Beteiligung aller gesellschaftspolitischen Akteure und Akteurinnen fortzuentwickeln. Zur Steuerung dieses Prozesses wird die verwaltungsinterne „Koordinierungsgruppe Zuwanderung und Integration“ eingebunden. **Vertreter des Integrationsrates werden an der weiteren Entwicklung des Konzeptes beteiligt sein. Bei der Fortentwicklung des Integrationskonzeptes werden u.a. unter Punkt 4.1 genannten Handlungsfelder zu berücksichtigen sein.**

3. Schwerpunktbereich „Integration durch Bildung“

Aus dem strategischen Bildungsziel der Stadt Duisburg (Duisburg2027) wurden für den Bereich Bildung drei Hauptziele abgeleitet:

- „Wir gestalten erfolgreiche Lernlaufbahnen und fördern die Entfaltung der Persönlichkeit“.
- „Wir gestalten Bildung so, dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihren Voraussetzungen und Potentialen individuell und optimal gefördert werden“.
- „Wir gestalten Bildung so, dass sich die Potentiale der Bürgerinnen und Bürger aller Herkünfte individuell und optimal entfalten können.“

In diesem Sinne wird das Kommunale Integrationszentrum Konzepte und Programme entlang der Bildungskette, die bisher in Kooperation von RAA und Partnern, insbesondere Jugendamt, Bildungsholding/jetzt: Amt für schulische Bildung sowie Schulaufsicht und Schulen, erfolgreich durchgeführt wurden, fortsetzen sowie dabei innovative Akzente setzen, dieses ebenfalls in Abstimmung mit den relevanten Partnern.

Die Duisburger Situation hinsichtlich Demographie und Bildung - vergleichsweise schlechte Bildungserfolge bei gleichzeitig hohem Migrantenanteil - verlangt in besonderer Weise eine Fokussierung auf "Integration durch Bildung" **mit dem Ziel höherer Bildungsbeteiligung und erfolgreicherer Bildungsabschlüsse** im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Dass der sprachlichen Bildung dabei eine Schlüsselrolle zukommt, ist Konsens in Duisburg. Bereits 2006 wurde im Rahmen der Integrationskonferenz ein „umfassendes Konzept von sprachlicher Bildung und Förderung...“ gefordert.

Dieses soll die Sprachkompetenz in der Verkehrssprache Deutsch auf hohem Niveau entwickeln, aber auch die **Herkunfts- und Fremdsprachen** einbeziehen. Es muss in der frühen Kindheit einsetzen und längerfristig die Kinder begleiten, während der Grundschulzeit und in die Sekundarstufe hinein, oftmals bis zum Abitur oder anderen Abschlüssen der Sekundarstufe II.

Dieses Konzept soll die Eltern einbeziehen und sie stärken, ihre Rolle bei der Förderung der Kinder aktiv und effektiv wahrzunehmen.“ (s. Handlungsempfehlungen aus „Integration durch Konsens“, S. 7). Die besondere Relevanz für Duisburg zeigt sich sehr aktuell in Sprachstandsfeststellungen. Die Zielrichtung der sprachlichen Bildung wurde durch die Gremien der Bildungsregion, insbesondere das Arbeitsforum Sprache, dem verantwortlichen Gremium für das Handlungsfeld Sprachliche Bildung, in einer Ableitung aus dem strategischen Leitziel der Stadt in folgendem Teilziel konkretisiert: **„Es gibt eine lückenlose sprachliche Bildung als integrativen Bestandteil aller Bildungsinstitutionen.“**

Dieses Ziel verfolgen die Akteure der Sprachlichen Bildung in Duisburg mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen. Dies umfasst entsprechend der Vielfalt der Zielgruppen in Duisburg Angebote, die die Unterschiede in Familiensprachen, Herkunft, Alter oder Bildungsbiografie berücksichtigen. Wichtiger Ort des Austausches, der Abstimmung und der Vernetzung dieser Aktivitäten zur Sprachlichen Bildung ist und bleibt auch weiterhin das Arbeitsforum Sprache. Es wird geleitet durch ein Team, das die Bildungspartnerschaft zwischen Stadt und Land abbildet.

Die Geschäftsführung des Arbeitsforums Sprache liegt beim Kommunalen Integrationszentrum. Unberührt davon bleiben Aufgaben und Zuständigkeiten der beteiligten Akteure in ihren jeweiligen Bildungsbereichen.

Die Implementierung durchgängiger sprachlicher Bildung - ergänzt um interkulturelle Aspekte und immer auch mit Blick auf die Einbindung der Eltern - ist daher Leitziel bei allen Maßnahmen entlang der Bildungskette, die vom Kommunalen Integrationszentrum in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit Partnern initiiert, geplant und umgesetzt werden sollen. Dabei legt das Kommunale Integrationszentrum den Fokus auf Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien. Eine Zusammenstellung dieser Maßnahmen findet sich unter 3.1.

Eine weitere Herausforderung ist die Verbesserung der Zugänge junger Menschen mit Migrationshintergrund zu Ausbildung und Arbeit, da diese hier besonders benachteiligt sind. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind für junge Migranten auch bei gleicher Qualifikation halb so groß wie bei ihren deutschstämmigen Mitbewerbern. Im Zuge der Etablierung des Übergangsmangements Schule – Beruf wird sich das Kommunale Integrationszentrum in diesen Prozess einbringen.

Die Maßnahmen im Bereich Integration durch Bildung werden sowohl durch das vom Land finanzierte Personal als auch durch zusätzliche kommunale pädagogische Fachkräfte realisiert. In der nachfolgenden Tabelle 3.1. werden zunächst alle zentralen Bildungsaufgaben, die das Kommunale Integrationszentrum initiiert bzw. begleitet, dargestellt. Unter 3.2. werden die Schwerpunktziele für die nächsten zwei Jahre durch Maßnahmen konkretisiert. Für diese Aufgaben werden landesgeförderte Fachkräfte vorrangig verantwortlich sein.

3.1. Vom kommunalen Integrationszentrum initiierte und/ oder begleitete Aufgaben im Bereich Integration durch Bildung

Zielgruppe des Projekts (Alter der Kinder und Jugendlichen):	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
	1 - 4 Jahre	Griffbereit
3 - 6 Jahre	Rucksack KiTa	Fortführung
5 - 7 Jahre	Fortbildungskooperation für pädagogische Fachkräfte an der Nahstelle Elementar- und Primarbereich	Fortführung
2 -13 Jahre	Interkulturelle Beratung in der Elternarbeit	Fortführung und (wenn möglich) Ausbau gemäß Bedarf von KiTA und Schulen
6 -10 Jahre	Elternschule – Möglichkeiten der sprachlichen Bildung in der Familie	Elemente der Einzelmaßnahmen zusammen führen und erweitern zum Schwerpunktziel 1
	DaZ-Fachkonferenzen	
	Fortbildung von Fachkräften im Ganztage	
9 – 11 Jahre	Fortbildungskooperation für pädagogische Fachkräfte an der Nahstelle Primar- und Sekundarstufe I	Fortführung
10 – 16 Jahre	Leseprojekt am Übergang P - Sek I	Elemente der Einzelmaßnahmen zusammenführen und erweitern zum Schwerpunktziel 2
	Weiterbildung Sprachlernkoordinatoren Gesamtschule	
16 bis 27 Jahre	Begleitung des AK Sprache an Duisburger Berufskollegs	Ausbau siehe Schwerpunktziel 3
14 - 27 Jahre	Zugänge junger Migranten zu Ausbildung, Arbeit und Studium (Beratung, Projekt „START-Stipendien“, Ausbau „Netzwerk Ausbildung“) Aletta Haniel Programm	Ausbau zu Schwerpunktziel 4 (das Aletta Haniel Programm wird aus Mitteln der Haniel-Stiftung fortgeführt)

Zielgruppe des Projekts (Alter der Kinder und Jugendlichen):	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
6 - 18 Jahre	Förderunterricht für Migrantenkinder	Fortführen bis 12/2013, ab 2014 Erfahrungen/Ergebnisse in schulische Entwicklungsprozesse einbringen
6 - 18 Jahre	Beratung, Beschulung und Begleitung von Seiteneinsteigern: Entwicklung von Förderkonzepten und Unterstützungssystemen, Fortbildung	Fortführung, aufgrund steigender Fallzahlen Ausbau und konzeptionelle Ausrichtung auf die jeweils aktuellen Zielgruppen, derzeit insbesondere Neu-EU-Bürger und Bürgerinnen
6 - 27 Jahre	Vernetzung der Interkulturellen Kulturarbeit mit Schwerpunkt im Duisburger Norden – Geschäftsführung Internationales Jugend- und Kulturzentrum Kiebitz e.V. u.a. Integratives Theater	Fortführung
1 - 80 Jahre	Geschäftsführung des „Arbeitsforum Sprache“ zum Austausch, zur Abstimmung und Vernetzung der Aktivitäten und Akteure	Fortführung, Koordinierung/ Bündelung der Maßnahmen zur Sprachlichen Bildung, Optimierung der Abstimmungsprozesse

3.2. Schwerpunktziele im Bereich Integration durch Bildung

Die Schwerpunkte im Bereich Integration durch Bildung konzentrieren sich in den nächsten zwei Jahren auf zwei Oberziele:

Durchgängige sprachliche Bildung im Kontext interkultureller, inklusiver¹ Entwicklung von Bildungseinrichtungen mit dem besonderen Schwerpunkt der Beteiligung von Eltern ist implementiert.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten Zugang zu Ausbildung und Arbeit entsprechend ihrer Potentiale.

Das Oberziel „**Durchgängige sprachliche Bildung...**“ soll durch drei Schwerpunktziele verfolgt werden

Zum Oberziel „.... **Zugang zu Ausbildung und Arbeit**“ wird ein weiteres Schwerpunktziel (4) definiert.

Die zur Umsetzung dieser Ziele erforderlichen Maßnahmen werden mit allen Partnern auf kommunaler Ebene, mit der Schulaufsicht, den beteiligten Schulen und evtl. beteiligten außerschulischen Trägern abgestimmt.

Die den Schwerpunktzielen zugeordneten Maßnahmen finden sich nachfolgend beschrieben:

(1) inklusiv ... meint hier: Abnahme segregierenden additiven Zweitsprachenunterrichts und Verstärkung inklusiven, integrierten bildungssprachlichen Unterrichts (vgl. EUCIM-TE - Adaption des europäischen Kerncurriculums für inklusive Förderung der Bildungssprache Nordrhein-Westfalen NRW), 2011
Der Begriff „inklusive“ wird nicht verwendet im Sinne einer inklusiven Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Schwerpunktziel 1

Ein Rahmenkonzept zur Qualifizierung von Grundschulen im Bereich „Durchgängige sprachliche Bildung“¹ im Kontext interkultureller, inklusiver Schulentwicklung wird entwickelt und an 5 Duisburger Modellschulen umgesetzt.

- Entwicklung eines Konzeptes für Grundschulen in Duisburg - orientiert an dem erprobten Qualifizierungskonzept „Sprachschätze“
- Klärung finanzieller und personeller Voraussetzungen sowie der Teilnahmebedingung
- Gewinnen von „Sprachschätze“-Modellschulen zur Qualifizierung und Mitwirkung im Netzwerk
- Erarbeitung standortbezogener Entwicklungsziele
- Entwicklung fachbezogener, fächerübergreifender und multiprofessioneller Kooperationsstrukturen innerhalb der Modellschule und zwischen den Modellschulen
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen für alle Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter im Ganztags zur Vermittlung des erforderlichen sprachanalytischen Basiswissens, das zur sprachsensiblen Planung und Durchführung von Unterrichts- und/oder Betreuungsangeboten mit Hilfe von Planungsrahmen befähigt zur (Weiter-) Entwicklung von Haltungen und Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt
- Erhebung des Sprachstandes ausgewählter SuS in halbjährlichen Abständen
- Auswertung des Vorhabens

Schwerpunktziel 2

Strukturen zur Durchgängigen sprachlichen Bildung und zum Umgang mit Vielfalt werden mit den Gesamtschulen (weiter-) entwickelt.

- Gestaltung eines Arbeitskreises zu Austausch, Kooperation und Vernetzung der Sprachlernkoordinatoren auf der Basis der Qualifizierung 2011/12
- Planung und Fortentwicklung bedarfsgerechter Fortbildungsangebote für Lehrkräfte an Gesamtschulen
- Begleitung der Sprachlernkoordinatoren an Schwerpunktschulen bei der Implementierung des schulinternen Konzepts
- Auswertung des Vorhabens

¹ Definition „Durchgängige sprachliche Bildung“ siehe Seite 5.

Schwerpunktziel 3

Die Sensibilisierung der Fachkräfte in den Berufskollegs (BK) für Durchgängige sprachliche Bildung und für den Umgang mit Vielfalt wird unterstützt.

- Unterstützung des Arbeitskreises Sprache an Duisburger Berufskollegs und Werbung für die Teilnahme weiterer Bks
- Angebot bedarfsgerechter Module der dokumentierten „Fortbildung für Sprachlernkoordinatoren“ im AK
- Gewinnung Duisburger Lehrkräfte für die aktive Teilnahme an der durch die Landeskoordinierungsstelle initiierten überregionalen Fachtagung zur „Durchgängigen Sprachbildung an BKs“
- Auswertung des Vorhabens

Schwerpunktziel 4

Jugendlichen mit Migrationshintergrund, insbesondere solchen, die nach der Orientierungsstufe in das Schulsystem in Deutschland eingestiegen sind, werden passgenaue Angebote zum Einstieg in Ausbildung und Arbeit zur Verfügung gestellt.

- Erstellung einer Situations- und Bedarfsanalyse bezüglich der beruflichen Integration der Zielgruppe, Formulierung von Handlungsempfehlungen und Entwicklung von Strategien zur Umsetzung
- Ausrichtung vorhandener schulischer und berufsvorbereitender Angebote an den Bedürfnissen der Zielgruppen Flüchtlinge, Asylbewerber sowie neue EU Bürger
- Schaffung von drei adäquaten Zusatzangeboten im Bereich der (sprachlichen) Bildung und (gesellschaftlichen) Integration in Kooperation mit drei Schulen und/oder außerschulischen Trägern

4. Schwerpunktbereich „Integration als Querschnittsaufgabe“

Die nachwachsende Generation in Duisburg vereint eine große Unterschiedlichkeit von Erfahrungen und Lebensstilen. Der Zustrom von Menschen aus Südost-Europa zeigt, dass es auch weiterhin Zuwanderung nach Duisburg gibt und geben wird. Eine einvernehmliche Ausgestaltung des Zusammenlebens und damit die Sicherung des sozialen Friedens ist deshalb eine der größten Zukunftsaufgaben der Stadt.

Das **strategische Leitziel „Interkulturelle Urbanität“**, das als Teil des Duisburger Integrationskonzepts eine Grundlage für die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums bildet, weist Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft bei der Entwicklung des Zusammenlebens in der Stadt den Weg. Zentrale Punkte sind dabei:

- **Interkulturelle Urbanität beruht auf Partnerschaft:** Die partnerschaftliche Gestaltung des gemeinsamen Lebens ist der Schlüssel zum sozialen Frieden. Bei allen Entwicklungsschritten ist daher die Einbindung (Information, Kommunikation, Beteiligung) von möglichen Partnern und Partnerinnen (Migrantenorganisationen, Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Einzelpersonen etc.) zu berücksichtigen. Ziel ist die Etablierung einer Willkommenskultur.
- **Interkulturelle Urbanität ist die Grundlage für eine innovative und vielfältige Wirtschaftsstruktur:** Die Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivitäten einer kulturell vielfältigen Duisburger Stadtgesellschaft für die Gesamtentwicklung der Stadt Duisburg ist strategisch immer mitzudenken.
- **Interkulturelle Urbanität braucht Orte der Begegnung:** Der öffentliche Raum ist der Ort, an dem die unterschiedlichen Menschen sich begegnen. Plätze, Straßen und Freiflächen sollen eine hohe Aufenthaltsqualität haben und zugleich verschiedene Nutzungen ermöglichen. Anwohner und Anwohnerinnen sollen den öffentlichen Raum gemeinsam gestalten und Verantwortung für ihr Zusammenleben übernehmen. Initiativen, die Begegnungen des interkulturellen Austauschs/Dialogs fördern, sollen bei ihrem Engagement unterstützt werden.
- **Die Chancen der interkulturellen Urbanität basieren auf einer breiten Bildung:** Bildung in Schulen aber auch anderen Bildungsorten der Stadt ist eine wichtige Grundlage für das Zusammenleben. Gerade hier ist die Unterschiedlichkeit der Bewohner und Bewohnerinnen besonders zu berücksichtigen.
- **Interkulturelle Urbanität zeichnet sich durch interkulturelle Kulturarbeit aus:** Je vielfältiger die Bewohner und Bewohnerinnen, desto mehr Einflüsse müssen zu einer gemeinsamen Stadtkultur zusammengefügt werden, die zur Identifikation aller mit der gemeinsamen Stadtgesellschaft beitragen kann.
- **Interkulturelle Urbanität ist geprägt durch eine vielfältige Baukultur:** Auch die Baukultur schafft Identifikationsmöglichkeiten mit der Stadt. Ihre interkulturelle Ausgestaltung ist deshalb für den Frieden in der Stadt von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Festlegung des strategischen Leitziels Interkulturelle Urbanität bereits im Jahr 2009 dokumentiert, dass die Stadt Duisburg unabhängig vom Teilhabe- und Integrationsgesetz erkannt hat, wie wichtig neben einer breiten Bildung ein **ganzheitlicher Ansatz in der Integrationsarbeit** ist. Dieser Duisburger Weg wurde vom Rat der Stadt immer wieder bekräftigt, zuletzt mit der Verabschiedung des Handlungskonzepts im Bereich Südost-Europa-Zuwanderung.

Eine zentrale Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums wird die Fortentwicklung des Duisburger Integrationskonzepts unter breiter Beteiligung aller gesellschaftspolitischen Akteure und Akteurinnen sein. Duisburgs ganzheitlichem Ansatz in der Integrationsarbeit folgend wird das Kommunale Integrationszentrum **alle Querschnittsbereiche der Duisburger Integrationsarbeit unter einem Dach** vereinen: neben der RAA und dem Referat für Integration auch das Internationale Zentrum am Innenhafen als Ort der Begegnung für die Stadtgesellschaft.

Das **Internationale Zentrum** ist eine in der Integrationsarbeit der Stadt fest verankerte Institution und wird von über 40 Gruppen genutzt. Aufgrund eines Ratsbeschlusses von 1979 wurde es im Jahr 1981 nach Umbau einer im Besitz der Stadt befindlichen alten Schule fertig gestellt. Eine vom damaligen Arbeitskreis für ausländische Einwohner und Einwohnerinnen (Vorläufer des heutigen Integrationsrates) zusammengestellte Projektgruppe entwickelte eine inhaltliche Konzeption; die Verwaltung des Zentrums wurde der Volkshochschule zugeordnet. Das Angebot umfasste kulturelle Veranstaltungen, Beratung, Weiterbildung sowie ein Café. Der Rat beschloss im Jahre 1995 den Umbau und die Erweiterung des kurz zuvor unter Denkmalschutz gestellten Gebäudes.

Der im Jahre 2000 fertiggestellte Umbau umfasste die Erweiterung des Eingangsbereiches sowie eine Anbindung an das Stadthistorische Museum und den vorgelagerten Platz. Des Weiteren entstand durch den Anbau ein größerer Veranstaltungssaal. Insgesamt befinden sich im Gebäude 9 Seminarräume, darunter der Saal für bis zu 100 Personen sowie 6 Büros und ein Café. Für die Umbaumaßnahme wurden Fördermittel des Landes in Anspruch genommen; es besteht eine Zweckbindung bis zum Jahre 2026.

Gemeinsam mit den Gruppen und Akteuren und Akteurinnen, die das Internationale Zentrum bereits nutzen, wird ein Konzept entwickelt, um sicherzustellen, dass das IZ diesen Akteuren weiterhin als Ort der Begegnung, Bildung und Kultur offen ist. Aber auch neue Perspektiven sollen entwickelt werden, so z.B. der Ausbau zu einer zentralen Service/ Anlaufstelle für Neuzuwanderer und zu einem Ort der Zusammenarbeit der/ mit den Migrantenorganisationen. In das **Beteiligungsverfahren** sind alle relevanten Akteure, so auch die VHS als derzeitiger Träger des IZ, einzubinden.

Die eigens für die Integrationsarbeit eingerichtete kommunale Verwaltungseinheit, „Referat für Integration“, geht in der neuen Struktur des Kommunalen Integrationszentrums auf. Neben den landesgeförderten Stellen wird es für die Weiterführung der kommunalen Integrationsaufgaben kommunale Beschäftigte geben. Die nachfolgende tabellarische Übersicht stellt zunächst die Gesamtheit der vom neuen Kommunalen Integrationszentrum im Bereich „Integration als Querschnittsaufgabe“ zu leistenden Aufgaben dar (Abschnitt 4.1). In einem zweiten Abschnitt wird der Schwerpunkt der Arbeit auf den landesgeförderten Stellen im Querschnittsbereich benannt, und das Haupthandlungsfeld mit Schwerpunktziel im Bereich Integration als Querschnitt beschrieben, das im Kommunalen Integrationszentrum jeweils für 2 Jahre festzulegen ist (Abschnitt 4.2).

4.1. Aufgaben im Bereich Integration als Querschnitt

Kommunale Betätigungsfelder im Integrationsbereich	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
Integrationspolitischer Prozess		
Integrationskonzept	Weiterentwicklung unter breiter Beteiligung aller relevanten Akteure und Akteurinnen	Fortführung
Information der Stadtgesellschaft	Interkulturelles Stadtportal wir-sind-du.de	Fortführung
	Veröffentlichung von Dokumentationen und Berichten	Fortführung
	Durchführung von Informations- und Dialogveranstaltungen zu integrationspolitisch relevanten Themen	Fortführung
Partnerschaftlichkeit/ Dialog	Vernetzung der Stadtgesellschaft, Förderung von Verständnis und Dialogbereitschaft	Fortführung; Aufbau und Förderung interkultureller Kommunikation
	Kooperation und Fachaustausch mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege	Fortführung
	Vernetzung/Zusammenarbeit mit und Beratung von interkulturellen Initiativen, Vereinen, Verbänden und Migrantenorganisationen (MSO)	Fortführung; Kontaktstelle zwischen Organisationen/ Vereinen/Verwaltung
	Tag des Dialogs	Fortführung
Förderung einer innovativen und vielfältigen Wirtschaftsstruktur		Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für MigrantInnen; Förderung der Migrantenökonomie
Orte der Begegnung		Konzeptentwicklung Internationales Zentrum (Beteiligungsverfahren)
Interkulturelle Kulturarbeit	Beratung von Kulturschaffenden und Institutionen, Förderung interkultureller Veranstaltungen, Konzeptentwicklung	Fortführung; Koordination kultureller Aktivitäten

Kommunale Betätigungsfelder im Integrationsbereich	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
	Integrationspolitischer Prozess	
Vielfalt der Baukultur	Vernetzung von Akteuren/Akteurinnen, Impulsgebung, Beratung	Fortführung
Förderung einer Willkommenskultur		Zentrale Servicestelle/ Anlaufstelle für Neuzu- wanderer/ Neuzuwanderinnen
Bürgerschaftliches Engagement	Tag des Dialogs	Fortführung; Förderung von MSO; Anlaufstelle für MSO; Förderung des Ehrenamts von Migrantinnen und Migranten; Motivation migrantischer Pflegefamilien
Gesundheit	Vernetzung der Akteure und Akteurinnen im Bereich Altenpflege mit MSO im Rahmen des Projekts „Offene Altenhilfe und interkulturelle Öffnung“ (Projektdokumentation 2008)	Sicherstellung gesundheitlicher Vorsorge, interkultu- reller Seniorenarbeit, kultursensibler Alten- pflege; Förderung von Sportmöglichkeiten
Akquise von Fördermitteln	Mitwirkung als städtische Fachstelle bei der Beantragung von Fördermitteln (zunehmend Antragserfordernis)	Fortführung
Aktive Partnerschaft der Stadt mit der Landesinitiative „Vielfalt verbindet“	Begleitung der Umsetzung, Berichterstattung	Fortführung
Integrationsmonitoring	Aufbau und Durchführung	Fortführung

Kommunale Betätigungsfelder im Integrationsbereich	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
Bewältigung der Südost-Europa-Zuwanderung		
Umsetzung des Handlungskonzepts	Informationsmanagement, Analyse, Berichterstattung	Fortführung
	Steuerung und Koordination von Maßnahmen	Fortführung
	Einberufung und Betreuung der Arbeitsgruppen	Fortführung
	Vernetzung von Akteuren/Akteurinnen, Impulsgebung, Beratung	Ausbau, siehe unter 4.2: Schwerpunktziel
	Konzeptionelle Weiterentwicklung	Fortführung
	Interkommunale Kooperation	Fortführung
Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung / Sicherstellung gleichberechtigter Teilhabe an allen Dienstleistungen der Stadt		
Implementierung interkultureller Standards	Kommunale und interkommunale Kooperation, Konzeptentwicklung	Fortführung
	Begleitung der Umsetzung	Fortführung
Vermittlung interkultureller Kompetenz	Konzeptentwicklung, Beratung, Begleitung der Umsetzung	Fortführung
Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für interkulturelle Belange (AfiB)	Konzeptentwicklung, Koordination und Begleitung der Umsetzung	Fortführung
Auswahlverfahren kultursensibel gestalten – Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund abbauen		Auswahlverfahren anonymisieren

Kommunale Betätigungsfelder im Integrationsbereich	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
Geschäftsstelle des Integrationsrats		
Geschäftsführung	Schrittführung, Erstellen von Einladungen und Protokollen	Fortführung
	Bearbeitung von Anträgen, Erstellen von Vorlagen	Fortführung
	Einberufung, Unterstützung und verwaltungsrelevante Betreuung des Sprecherkreises	Fortführung
	Herstellung und Koordination des Kontakts zu wichtigen Akteuren und Akteurinnen (Wohlfahrtsverbände, Agentur für Arbeit, Jobcenter usw.)	Fortführung
	Herstellung der Verbindung zum Landesintegrationsrat (LAGA)	Fortführung
Beratung und Betreuung der kommunalen Migrant*innenvertretung	Erarbeitung und Bereitstellen von Stellungnahmen	Fortführung
	Organisation und Durchführung von Klausurtagungen und Fortbildungsveranstaltungen	Fortführung

Kommunale Betätigungsfelder im Integrationsbereich	vorhandene Maßnahmen	künftige Maßnahmen
Integrationsbeauftragte		
Beratung des Verwaltungsvorstands	Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsvorstands	Fortführung
Mitgestaltung des kommunalen Integrationsprozesses	Teilnahme an interkulturellen Anlässen, Vertretung der Stadt im kommunalen Integrations- geschehen: Mitglied im Jobcenter- Beirat, im Beirat des Niederrhein Therapiezentrum Duisburg, im Kuratorium der Stiftung Brennender Dornbusch und in Vertretung des zuständigen Beigeordneten Mitglied des Suchthilfeverbundes Duisburg e.V.	Fortführung
Vertretung Duisburger Interessen im landes- und bundesweiten Integrationsbereich	Vertretung der Stadt auf Landes- ebene: Kuratorium des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, Zusammenarbeit mit Bewilligungsbehörde des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (KOMM-IN-NRW- Förderprogramme), Landesintegrationsrat (LAGA)	Fortführung
	Vertretung der Stadt auf Bundesebene: Mitglied im vorbereitenden Arbeitsausschuss der Deutschen Islamkonferenz, Mitglied in den Arbeitsgruppen „Integration/Islam“ und „Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien“ des Deutschen Städtetags	Fortführung

4.2 Schwerpunktziele im Bereich Integration als Querschnitt

Nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes haben die landesgeförderten Kräfte im Kommunalen Integrationszentrum im Bereich Querschnitt die Aufgabe, „im Einvernehmen mit der Gemeinde (...) die auf die Integration und das Zusammenleben in Vielfalt bezogenen Aktivitäten und Angebote der kommunalen Ämter und Einrichtungen sowie der freien Träger vor Ort“ zu koordinieren. In dem Erlass zur Umsetzung des Gesetzes wird konkretisiert, dass die Kommunalen Integrationszentren neben Bildungseinrichtungen städtische Ämter und Dienststellen und regionale Einrichtungen und Institutionen unterstützen und beraten.

Neben den Bildungsaufgaben ist in Duisburg die **Förderung der interkulturellen Urbanität** ein wichtiges Ziel. Die tiefgreifenden Veränderungen der Stadtgesellschaft müssen von der Kommune gelenkt werden: Sie muss die Partizipation alter wie neuer Bewohner und Bewohnerinnen an der Gestaltung des Zusammenlebens sicherstellen und die Stadtgesellschaft trotz vielfältiger Probleme zukunftsfähig aufstellen.

Schwerpunkte der Arbeit der landesgeförderten Stelle werden demnach in der Koordination und Unterstützung der Fachämter bei allen **Maßnahmen im Rahmen des integrationspolitischen Prozesses und der Bewältigung der Zuwanderung aus Südost-Europa** liegen.

Das im Turnus von zwei Jahren im Querschnittsbereich jeweils neu festzulegende **Haupthandlungsfeld** wird anfangs das Thema **Bewältigung der Zuwanderung aus Südost-Europa** sein. Hier liegt die Aufgabe der Steuerung und Koordination bereits beim Referat für Integration, es sind Konzepte zu entwickeln und interkommunal sowie auf allen Ebenen Informationen einzuholen und Erfahrungen auszutauschen. Das Thema hat zurzeit für Duisburg eine hohe Priorität und eignet sich durch die gleichzeitige Bedeutung für andere Städte in NRW in besonderer Weise für eine Unterstützung durch das Kommunale Integrationszentrum und das landesweite Netzwerk der Kommunalen Integrationszentren. Auf Grundlage des vom Rat der Stadt Duisburg beschlossenen Handlungskonzeptes zum Umgang mit der Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa (DS 11-1934) wird es schwerpunktmäßig darum gehen, **stadtweit eine Unterstützung von lokalen Netzwerken und Akteuren und Akteurinnen bei der Etablierung von Dialogstrukturen zu leisten.**

Schwerpunktziel

Akteure und Akteurinnen etablieren stadtweit nachhaltige Dialogstrukturen. Die Informationslage aller Beteiligten bessert sich, so dass die Menschen sich als Nachbarn und Nachbarinnen aneinander gewöhnen und sich besser verstehen. Durch die Förderung von Empathie, Hilfsbereitschaft und Verständnis füreinander wird eine erfolgreiche Selbsthilfe in den Stadtteilen aktiviert und der soziale Frieden vor Ort gesichert.

- Organisation thematischer Informationsveranstaltungen
- Initiierung und Begleitung von Begegnungen von alt eingesessener Bevölkerung und neu zuwandernden Menschen
- Vermittlung und Weitergabe von Informationen an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und die Stadtgesellschaft

5. Controlling

Die Stadt Duisburg hat ihre Bereitschaft zur Überprüfung der Testversion des landesweiten Förderprogrammcontrollings bekundet und wird unmittelbar nach Bewilligung und Aufnahme der Arbeit das Controllingverfahren beginnen. Eine Mitwirkung am landesweiten Erfahrungstransfer sowie an überregionalen Aktivitäten wird zugesichert.

6. Einbindung in die städtische Organisationsstruktur

Das Kommunale Integrationszentrum Duisburg wird dem Dezernat des Oberbürgermeisters als Referat zugeordnet.